

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

301

Wien, am 24. Oktober 1935.

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 1934.

Der Bürgermeister der Stadt Wien hat dem Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft die Jahresrechnung der Stadt sowie die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für 1934 zur Vorberatung übermittelt. Die Gebarung der Stadt und ihrer Unternehmungen ist sowohl vom Kontrollamt der Stadt Wien wie vom Rechnungshof eingehend überprüft worden.

Der Rechnungsabschluss der Heheitsverwaltung weist einschliesslich der bloss rechnungsmässigen Durchführungen im Betrage von rund 27¹/₂ Millionen Schilling Gesamteinnahmen von 360,415.200 S und Gesamtausgaben von 360,351.730 S auf. Er schliesst also mit einem bescheidenen Ueberschuss von 63.470 S und gestaltet sich damit günstiger, als in dem noch von der früheren Stadtverwaltung aufgestellten Voranschlag angenommen wurde. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es der neuen Stadtverwaltung gelungen ist, die einmaligen hohen Ausgaben, die vornehmlich den Abgang bewirkten (Lastenbeitrag an den Bund (36 Millionen S), Fertigstellungskosten der bereits begonnenen Wohnhausbauten (rund 7 Millionen S) und Nachtragszahlung von Verpflegskosten in öffentlichen Krankenanstalten (3 Millionen S) durch einen kurzfristigen Ueberbrückungskredit zu decken. Die Wiener Bürgerschaft hat der Aufnahme eines Schatzscheinkredites in der Höhe von 45 Millionen S zugestimmt. Der Erlös der im Berichtsjahre tatsächlich begebenen Schatzscheine betrug 39,437.940 S. Dank der Entwicklung der Finanzlage konnte hievon vorübergehend und vorschussweise auch die erste Rate des Sofortprogrammes bestritten werden. Zur energischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatte nämlich bald nach der Uebernahme seines Amtes der Bundeskommissär für Wien Vizekanzler a. D. Richard Schmitz ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm mit einem Gesamterfordernis von 60 Millionen S aufgestellt, das am 6. Juni 1934 von der Wiener Bürgerschaft genehmigt wurde. Im Berichtsjahr sind im Rahmen dieses Programmes insgesamt 10,382.250 S an Ausgaben zur Gebühr erwachsen, eine Ziffer, die sicherlich beachtenswert ist, wenn bedacht wird, dass der Inangriffnahme der einzelnen Vorhaben umfangreiche Projektierungsarbeiten vorangehen mussten.

Der Personalaufwand stellt sich - abgesehen von jenem der städtischen Unternehmungen - auf 141,458.290 S. Dazu kommen noch 1,322.630 S, die aus eigenen Einnahmen des Lehrerpensionsfonds bestritten wurden. Der Personalaufwand beanspruchte somit 39¹/₃ Prozent des Gesamtaufwandes. Auf die Aktivbezüge entfielen 99,774.660 S, auf die Pensionsbezüge 43,006.260 S.

Die Abweichung gegenüber den voranschlagsmässigen Betrag von 161,045.050 S ergibt sich vor allem daraus, dass mit Beschluss des Gemeinderates vom 19. Dezember 1933, Pr. Zahl 3799, die Aktivbezüge um 4¹/₂ Prozent und die Nebengebühren, die bereits früher um 10 Prozent gekürzt worden waren, um weitere 6 Prozent, somit insgesamt um 16 Prozent gekürzt wurden. Auch die Kosten für die Stadtvertretung, die einschliesslich der Bezüge der amtsführenden Stadträte mit 809.490 S veranschlagt waren, erfuhren eine Verminderung auf 410.320 S.

Einschneidende Aenderungen im Abgabewesen.

Der Bundeskommissär hielt es unmittelbar nach seinem Amtsantritt für seine dringendste Verpflichtung, die grössten Härten bei den städtischen Abgaben auszugleichen. Die erste Steuerverordnung fasst das Ergebnis dieser Bemühungen zusammen. Sie hebt die Wohnbausteuer auf und bringt an ihrer Stelle die Mietaufwandsteuer. Diese neue Abgabe musste mangels geeigneter Bemessungsgrundlagen zwar auch auf den Friedenszinsen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

des Jahres 1934 bzw. den parifizierten Mietwerten aufgebaut werden, doch wurde die starke Progression gemildert, der Industrie und dem Gewerbe bei Leerstellungen weitgehende Begünstigungen eingeräumt, dort, wo übermässig hohe Zuschläge in Geltung waren, die Möglichkeit einer neuerlichen Überprüfung der Bemessungsgrundlage geboten und schliesslich - insbesondere gemacht für das Hotelgewerbe - die Möglichkeit einer Pauschalierung der Steuer vorgesehen. Auf dem Gebiete der Bodenwertabgabe für unverbauete Grundflächen wurden wesentliche Erleichterungen gewährt und insbesondere die gesetzlichen Befreiungen erweitert. Bei der Fürsorgeabgabe wurde die Möglichkeit einer Pauschalierung auf Grundlage der in den vorhergegangenen 12 Monaten ausbezahlten Lohnsummen geschaffen. Die Unternehmer können daher im Zuge der Wiederaufrichtung der Wiener Wirtschaft neue Arbeitskräfte einstellen, ohne von der Fürsorgeabgabe getroffen zu werden. Bezüglich dreier Abgaben, der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, der Hauspersonalabgabe und der Pferdeabgabe, wurde auf die Einhebung überhaupt verzichtet. Bei der Lustbarkeitsabgabe wurde die Steuerkarte eingeführt, die für das Vergnügungsgewerbe namhafte Erleichterungen bietet.

Wie in der Begründung zur ersten Steuerverordnung ausgeführt wurde, war im Gefolge dieser Massnahmen allein bei den Abgaben ein Minderertragnis von rund 9 Millionen S zu gewärtigen. Eine weitere Verminderung ergab sich dadurch, dass mit 1. Juli 1934 die bis dahin bestandene Landesbierabgabe inkameriert wurde. Der Abgang aus diesem Grunde wurde allerdings dadurch wettgemacht, dass die erhöhte Bundesbierabgabe sich bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben auswirkte. Die Ertragsanteile selbst haben insgesamt gegenüber dem Voranschlag eine Verminderung um fast 40 Millionen S erfahren. Der Rückgang der Einnahmen des Bundes selbst kommt in dieser Ziffer voll zur Auswirkung, weil durch die Notverordnung der Bundesregierung die bei der Abfassung des Voranschlages noch angenommene Garantie für einen Mindestertrag in der dort angenommenen Höhe von 89,498.800 S aufgehoben wurde.

Bezüglich des Anlehendienstes ergibt sich bei den Ausgaben eine Ersparnis von rund 5 Millionen S, die sich daraus erklärt, dass die Dollaranleihe im Verhältnis von 1 Dollar : 6 Schilling in eine wertbeständige Schillinganleihe konvertiert wurde, deren Tilgung erst mit dem Jahre 1937 einsetzen wird.

Von den Einnahmen im Finanzwesen sind noch 519 Millionen S für aufgelöste eigene Rücklagen erwähnenswert. Es handelt sich dabei durchwegs um Reserven, für deren Weiterbelassung kein Grund mehr vorlag.

Für das Wohlfahrtswesen wurde im Berichtsjahre einschliesslich der Ausgaben auf Grund des ausserordentlichen Investitionsprogrammes 105,243.690 S, das sind 29,2 Prozent aller Ausgaben aufgewendet. Der Voranschlag hatte für das gesamte Wohlfahrtswesen einen Betrag von 109,584.380 S präliminiert. Die Ersparnis ist zum überwiegenden Teil auf Minderausgaben beim Personal zurückzuführen. Die Ausgaben für die offene Fürsorge weisen, wie insbesondere die Rubrik für laufende Unterstützungen und Aushilfen und die Rubrik für Arzneien, Bandagisten- und Optikerwaren dartun, namhafte Steigerungen auf.

Wie gross entsprechend dem allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen das Feld der Wiener öffentlichen Fürsorge ist, kann aus folgendem ersehen werden: Im Monatsdurchschnitt des Berichtsjahres haben rund 47.000 Personen Erhaltungsbeiträge bezogen. Für rund 37.000 Kinder wurden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Pflegebeiträge bezahlt, wozu noch rund 3.000 Kinder in den eigenen und fremden Jugendfürsorgeanstalten kommen. Der Durchschnittsbelag in den Versorgungs-, Kranken-, Irren- und Tuberkuloseheilanstalten betrug mehr als 19.000 Betten. Insgesamt standen in Dauerfürsorge der Stadt Wien mehr als 160.000 Personen. Hierzu kommen noch rund 5.000 Kinder, für die Pflegegelder bezahlt wurden, sowie 122.700 Personen, zu deren Notstandsaushilfen und Altersfürsorgeteilen die Stadt einen Beitrag von mehr als 13'6 Millionen S zu leisten hatte.

Die Beitragsleistung der Stadt Wien zum Kleinrentnerfonds überschritt den Betrag von 1'5 Millionen S.

Im Abschnitt für das Wohnungswesen spielt die grösste Rolle jener Betrag, der für die Fertigstellung der bereits begonnenen Wohnhaus- und Siedlungsbauten noch aufgewendet werden musste. Er betrug fast 7 Millionen S. Kleinere Restzahlungen wird aber auch noch das Jahr 1935 erfordern. Damit wird der von der früheren Verwaltung so sehr bevorzugte Grosswohnbau seine Liquidierung finden. Die neue Stadtverwaltung verschliesst sich durchaus nicht der Notwendigkeit, den Wohnhausbau dort zu fördern, wo es sich etwa um die Wiederaufrichtung oder Erhaltung des gefährdeten Familienverbandes handelt. Diesem Zwecke werden die Familienasyle dienen. Im Jahre 1934 konnten allerdings nur die vorbereitenden Arbeiten geleistet werden, so dass die betreffende Rubrik statt des in Aussicht genommenen Aufwandes von 545.000 S nur den Betrag von rund 32.000 S verzeichnet. Im Jahre 1935 wird das erste dieser Asyle mit insgesamt 217 Wohnungen in Benützung gegeben. Weitere Asylbauten sind in Ausführung.

Auch dem Ausbau der Stadtrandsiedlungsaktion mit Unterstützung des Wohn- und Siedlungsfonds wurde ein besonderes Augenmerk zugewendet. Auch hier haben sich in der Bewältigung der Vorarbeiten, wie Grundfreimachung, Projektierung usw., grössere Schwierigkeiten ergeben, so dass an Stelle der veranschlagten 285.000 S nur rund 67.000 S aufgewendet werden konnten.

Bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung hat sich insofern eine grundlegende Aenderung vollzogen, als die Mietzinse in den neuen Wohnhausanlagen an die in den Althäusern der Stadt Wien eingehobenen gesetzlichen Mietzinse angenähert wurden. Diese Angleichung erfolgte in der Absicht, für den Dienst der zur Deckung des ausserordentlichen Investitionsprogrammes vorgesehenen Hypothekendarlehen die entsprechenden Einnahmen zu schaffen. Die im Voranschlag noch vorgesehene Bildung von Rücklagen entfiel. Dagegen wurden, kaufmännischen Erwägungen folgend, Wertabschreibungen eingeführt.

In der Gruppe der technischen Angelegenheiten sind zunächst die technischen Betriebe zu erwähnen, der Fuhrwerksbetrieb einschliesslich Strassenpflege und Hauskehrabfuhr, die Bäder, die Wasserversorgung und das Kanalisationswesen sowie die zwei ausschliesslich für Gemeindezwecke arbeitenden Hilfsbetriebe Dampfwascherei und Heizwerkstätte. Diese brachten Einnahmen von 27.200.660 S (gegenüber veranschlagten 22.933.880 S) und erforderten Aufwendungen von 33.225.800 S (gegen veranschlagte 38.111.480 S).

Die ausgewiesenen Mehreinnahmen sind auf das Mehrerträgnis der Colonia- und der Wassergebühren zurückzuführen, das sich bereits im Berichtsjahre in Auswirkung der ersten Steuerverordnung einstellte und die Einbusse bei den Abgaben wenigstens zum Teil wettmachen konnte.

Die Aufwendungen für die Gärten, Strassen, Brücken, Häfen etc. stellten sich, abgesehen vom Personalaufwand, auf 8.429.500 S (gegenüber veranschlagten 8.752.530 S).

Die angeführten Aufwendungen erschöpfen nicht die Leistungen des Berichtsjahres auf dem Gebiete der technischen Angelegenheiten. Das

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am _____

ausserordentliche Investitionsprogramm stellte das Bauamt vor die schwierige Aufgabe, die zahlreichen Vorhaben mit möglichster Beschleunigung technisch vorzubereiten und zur Ausführung zu bringen.

Für das Schulwesen wurden einschliesslich der Herstellungen im Rahmen des ausserordentlichen Investitionsprogrammes 60,090.360 S verausgabt. Der Gesamtaufwand stellt sich auf 16'7 Prozent aller Ausgaben. Unter Einrechnung des Lehrerpensionsfonds sowie der Aufwendungen für die Schulhygiene, für die Frauenberwerbsschulen, für die Stipendien usw. betragen die Ausgaben 63,423.890 S.

Für die unentgeltliche Abgabe von Lernmitteln, die nunmehr, wie es in den Vorkriegszeiten der Fall war, von der Bedürftigkeit abhängig gemacht wurde, wurden gegenüber einem Ansatz von 719.300 S nur mehr 518.250 S aufgewendet.

Ende 1934 betrug die Anzahl der Schüler rund 143.000.

Im Approvisionnementwesen stellten sich die Auslagen für die Märkte und Schlachthöfe einschliesslich der Investitionen auf 7,847.550 S (gegen veranschlagte 7,630.240 S), jene der Lagerhäuser auf 2,616.600 S (gegen veranschlagte 3,050.870 S). Bezüglich der Märkte ist hervorzuheben, dass infolge der Bestimmungen des § 35 der Gewerbeordnungsnovelle 1934 über die zulässige Höhe der Marktgebühren eine neue Bewertung der Fleischversorgungsanstalten nach den Grundsätzen des Goldbilanzengesetzes durchgeführt werden musste. Daraus erklärt sich die gegenüber dem Voranschlag erhöhte Post der Wertabschreibungen. Bei den Lagerhäusern sind namhafte Ersparnisse zu verzeichnen. Nach einer Reihe von Defizitjahren zeigt ihr Rechnungsabschluss zum erstenmal einen bescheidenen Ueberschuss. Da anzunehmen ist, dass infolge der vorsichtigen und sparsamen Führung diese für die Stadt Wien zweifellos lebenswichtigen Betriebes auch in den Folgejahren Gebarungsabgänge vermieden werden können, entschloss sich die Stadtverwaltung, die in den früheren Jahren vorgetragenen Gebarungsabgänge definitiv in die Ausgabenverrechnung zu übernehmen und so die städtischen Lagerhäuser auf eine neue Grundlage zu stellen, die eine gesunde Weiterentwicklung verbürgt.

An Gebühren für Aufnahme in den Wiener Heimatverband wurden an Stelle der veranschlagten 360.000 S in Auswirkung der Verordnung der Bundesregierung betreffend Einschränkung der Einbürgerung nur 17.195 S vereinnahmt. Nicht veranschlagt hingegen war die Ausgabe für den Volksbildungsreferenten.

Für Investitionen aus Mitteln der laufenden Gebarung wurden 10,734.830 S aufgewendet. Einschliesslich der bereits erwähnten Ausgaben auf Grund des ausserordentlichen Investitionsprogrammes per 10,382.250 S und einschliesslich der auf den verschiedenen Rubriken der laufenden Gebarung verrechneten Ausgaben für Anschaffung und Erhaltung der Einrichtungsgegenstände, für die Beschaffung von Materialien, für die Instandhaltung der Baulichkeiten, für Schneearbeiterlöhne u. a. im Betrage von rund 31 Millionen S hat der Stadthaushalt im Berichtsjahre der Wirtschaft einen Gesamtbetrag von rund 52 Millionen S unmittelbar zugeführt.

Die städtischen Unternehmungen.

Bezüglich der einzelnen städtischen Unternehmungen soll Nachstehendes hervorgehoben werden:

Gaswerke.

Die Zahl der angeschlossenen Gasmesser ist im Berichtsjahre um 5.823 auf 522.740 am Jahresende weiter gestiegen, der Gasabsatz aber ist gegenüber dem Vorjahre um 9'27 Prozent auf rund 256 Millionen Kubikmeter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am _____

zurückgegangen. Der Rückgang des Absatzes für gewerbliche und industrielle Zwecke war nur gering, im zweiten Halbjahre zeigte sich sogar ein Mehrabsatz bei einer Reihe von Betrieben. Am stärksten blieb die Gasabgabe für Raumheizung infolge der ungewöhnlich milden Wintermonate zurück. Das warme Wetter beeinträchtigte auch den Koksabsatz für Hausbrandzwecke und den Brennstoffbedarf Wiens überhaupt. Die anderen Gaswerkserzeugnisse fanden glatte Aufnahme, die Verkaufspreise hielten sich auf der Höhe der vorjährigen.

Das Wirtschaftsergebnis war infolge einer bedeutenden Senkung der sachlichen und personellen Ausgaben ein zufriedenstellendes; das Geschäftsjahr schliesst nach entsprechenden Abschreibungen und Rücklagen mit einem Gebarungüberschuss von 8,159.560 S ab.

Elektrizitätswerke.

Der Stromabsatz betrug im Berichtsjahre rund 333,276.000 Kilowattstunden und war um 3'7 Prozent kleiner als im Vorjahre. Der Rückgang trat nur beim Licht- und Bahnstrom auf, während der Kraftstromabsatz gestiegen ist. Die Zahl der angeschlossenen Stromzähler erhöhte sich um 3,861 auf 672.254 am Jahresende.

Der Strombedarf wurde zu 72'5 Prozent durch Wasserkraftstrom, zu 23'2 Prozent durch mit Inlandskohle und zu 4'3 Prozent durch mit Erdgas erzeugten Strom gedeckt.

Das Berichtsjahr schloss nach entsprechenden Abschreibungen und Rücklagen mit einem Gebarungüberschuss von 10,145.530 S ab.

Strassenbahnen.

Der in den letzten Jahren verzeichnete starke Rückgang in der Personenbeförderung auf Strassenbahn und Stadtbahn hat im Jahre 1934 wohl eine Abschwächung erfahren, betrug aber immerhin noch 4 Prozent. Die Zahl der Beförderungsfälle auf Strassenbahn und Stadtbahn ist von 469'6 Millionen auf 450'8 Millionen zurückgegangen. Die Nutzwagenkilometerleistung ist im Berichtsjahre gegen das Vorjahr um 3'5 Prozent gesunken.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung der Strassenbahn und Stadtbahn haben 102'9 Millionen S betragen, sie sind somit um 5'2 Prozent niedriger als im Vorjahre. Dass die Einnahmen in einem höheren Prozentsatz zurückgegangen sind als die Frequenz, ist darin begründet, dass der Durchschnittsfahrpreis, der im Jahr 1933 noch 23'12 Groschen betrug, im Berichtsjahre infolge der ganzjährigen Auswirkung des Kurzstreckentarifes und der versuchsweisen Einführung des Kleinzonentarifes auf 22'82 Groschen gesunken ist.

Beim Autobusbetrieb ist die Zahl der beförderten Fahrgäste im Berichtsjahre um 17'6 Prozent und die Einnahme um 16'9 Prozent zurückgegangen.

Das Geschäftsjahr schliesst mit einem Gebarungsabgang von 2'9 Millionen S. Bei Hinzurechnung der vorzeitigen Abschreibungen ergibt sich der in der Bilanz ausgewiesene Gebarungsabgang von 3'5 Millionen S, wogegen er im Jahr 1933 15'3 Millionen S betrug. Diese namhafte Besserung des Gebarungsergebnisses gegenüber dem Vorjahre ist der Hauptsache nach auf die mit 1. Jänner 1934 in Kraft getretene einschneidende Kürzung der Bezüge des gesamten Personales sowie auf die anlässlich der Konvertierung der 30 Millionen Dollaranleihe vom Jahre 1927 festgelegte Sistierung der Anlehenstilgung und auf den Umstand zurückzuführen, dass mit Ende 1933 ein grosser Teil der Anlagen bereits zur Gänze abgeschrieben ist, woraus sich eine nicht unwesentliche Senkung der normalen Abschreibungen ergeben hat.

Brauhaus.

Der Bierabsatz ist gegen das Vorjahr nur um 2'69 Prozent

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

geringer gewesen, während der Rückgang im Jahre 1933 gegenüber 1932 noch 25,5 Prozent betragen hat. Dieses Ergebnis, das trotz der anhaltend billigen Weinpreise erzielt wurde, lässt hoffen, dass der Rückgang im Bierverbrauch zum Stillstand gelangt.

Die Biererzeugung ist um 6.240 Hektoliter geringer gewesen als im Vorjahre.

Der erzielte Gebarungüberschuss beträgt 201.350 S gegenüber 200.150 S im Vorjahre.

Leichenbestattung.

Die Sterblichkeit war im Berichtsjahre um 3,95 Prozent geringer als im Jahre 1933.

Die Einnahmen der städtischen Leichenbestattung haben sich im Jahre 1934 um 2,85 Prozent, die Ausgaben um 2,97 Prozent verringert.

Die Zahl der kostenlos durchgeführten Leichenbegängnisse betrug im Berichtsjahre 15,8 Prozent aller von der städtischen Leichenbestattung allein durchgeführten Bestattungen gegen 14,5 Prozent im Jahre 1933 und 13,6 Prozent im Jahre 1932.

Der Gebarungüberschuss beträgt rund 162.000 S gegenüber 161.000 S im Vorjahre.

Ankündigungsunternehmung.

Während in den ersten Monaten des Berichtsjahres die Umsätze gegen das Vorjahr zurückblieben, besserten sich im letzten Viertel die Geschäfte derart, dass sie die Erträgnisse des gleichen Zeitabschnittes des Vorjahres überholten. Dieser Umstand lässt auf eine Besserung im nächsten Jahre schließen.

Die Bilanz weist einen Gebarungüberschuss von rund 81.000 S aus.
